

Erklärung der GRH

Schluss mit den Provokationen und Sanktionen gegen Russland!

Am 1. September 1939 begann das faschistische Deutschland unter Vortäuschung falscher Tatsachen mit dem Überfall auf den Sender Gleiwitz den Zweiten Weltkrieg.

Am 1. September 2026, dem Weltfriedenstag, verhängte das imperialistische Deutschland mit falscher Schuldzuweisung neue feindselige Sanktionen gegen die Russische Föderation.

Ein Zufall? Oder ein beunruhigendes Echo der Geschichte?

Mit einer „Gefahr aus dem Osten“, einer Bedrohungslüge, wird das Volk auf einen Krieg gegen Russland vorbereitet. Zur „Beweisführung“ dafür ist jedes Mittel der Provokation recht. Obgleich die russische Führung mehrfach glaubhaft versicherte - und die Fakten dies stützen - , dass keine Angriffsabsichten gegenüber NATO-Staaten bestehen. Auch nicht gegenüber Deutschland.

Die Schließung des Russischen Hauses, des Bonner Generalkonsulats und weitere "Strafmaßnahmen" betreffen nicht nur Russland. Sie betreffen uns alle. Sie zerstören die letzten verbliebenen Brücken zwischen unseren Ländern – Kultur, Wissenschaft, Bildung und menschliche Begegnung.

Mit ihrer Entscheidung handelt Deutschlands Regierung gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung, gegen ihre historische Verantwortung, ihren Amtseid im Grundgesetz und Internationale Verpflichtungen. Sie verursacht eine weitere Verschärfung in den deutsch-russischen Beziehungen und vertieft die Gräben zwischen unseren beiden Völkern und Staaten.

Wir verurteilen diese Maßnahmen zutiefst.

Wir fordern die sofortige Aufhebung aller gegen Russland verhängten Sanktionen.

In dem Bemühen um friedliche und gut nachbarschaftliche Beziehungen versichern wir Russland unsere Solidarität.

Russland ist nicht unser Feind! Frieden und Freundschaft mit Russland!

Berlin, am 2. September 2026

Für den Vorstand

Hans Bauer, Vorsitzender